



NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der

Stadt Landau in der Pfalz

am Donnerstag, 30.03.2023,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:10



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Lea Saßnowski

CDU

Lena Dürphold

Florian Feierabend

Dorothea Müller

vertritt Frau Korz

SPD

Judith Albrecht-Pinnow

Magdalena Schwarzmüller

FWG

Sandra Michler

Pfeffer und Salz

Stefan Maaß

Die LINKE

Jens Schwaab

Vertreter der evangelischen Kirche

Dekan Volker Janke

Vertreter der Jugendverbände

Eric Holzmann

Susanne Scharhag

Philipp Wagner

Kimberly Mae Weinmann



Vertreter der Eltern der Kindertagesstätten

Michael Köhr

Beauftragter für Jugendsachen der Polizeidirektion Landau

Thomas Effler

Vertreter der Vereinigungen der freien Jugendhilfe

Silke Thomas

Caritaszentrum Elisabeth
Traunmüller

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Schriftführer/in

Gisela Beck

Fachkraft des Gesundheitsamtes

Ute Clemens

Sonstige

Arno Schönhöfer

Vertreter der katholischen Kirche

Andreas Scheer

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Heimann



Christian Kolain

CDU

Annette Korz

vertreten durch Frau Müller

Eva Waldenberger

SPD

Martin Schlimmer-Bär

FWG

Hermann Eichhorn

beratendes Mitglied

Andreas Boltz

Stadtjugendring

Birgit Hoffmann

Vertreter der Jugendverbände

Florian Strauch

Vertreter aus dem Kreis des Personals der Landauer Kindertagesstätten

Katharina Herty

Vertreter der Vereinigungen der freien Jugendhilfe

Heinrich Braun

Jaqueline Wetzels-von Nethen

Berichterstatte

Claus Eisenstein

Schriftföhrer/in

Kim Ingledue

Mitglied aus der mit Vormundschafts-, Familien- oder Jugendsachen befassten
Richterschaft

Judith Schelp

Vertreterin des für den Bezirk des Jugendamtes zuständigen Agentur für Arbeit

Cornelia Pfirrmann

Vertreter der Lehrerschaft (ADD)

Sabine Sielemann

Kommunale Frauenbeauftragte

Evi Julier



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Wahl des Vorsitzenden
3. Neuverpflichtung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
4. Vorstellung der Tagesmütterinitiative Südpfalz und der Kindertagespflege Landau in der Pfalz
5. Kinderschutz und Hilfe zur Erziehung, Vorstellung des Profils der Stadt Landau in der Pfalz
6. Sonstiges



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Saßnowski begrüßt die Anwesenden zur 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Die Einladung wurde rechtzeitig zugestellt, Ergänzungen zur Tagesordnung gibt es keine.

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Wahl des Vorsitzenden

Frau Saßnowski teilt mit, dass nach Ausscheiden des bisherigen Vorsitzenden Herrn Hirsch die Neuwahl des Vorsitzenden erforderlich ist.

Bedenken gegen eine offene Abstimmung werden nicht geäußert.

Bürgermeister Dr. Ingenthron wird als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses vorgeschlagen. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Bürgermeister Dr. Ingenthron wird mit 14 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme als Vorsitzender gewählt. Stimmenthaltungen gibt es keine. Er nimmt die Wahl an.

Die weitere Sitzung wird nunmehr durch den neuen Vorsitzenden Herrn Dr. Ingenthron geführt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Neuverpflichtung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Es sind keine neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zu verpflichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Vorstellung der Tagesmütterinitiative Südpfalz und der Kindertagespflege Landau in der Pfalz

Frau Eva Sophie Braun, Mitarbeiterin beim Jugendamt für den Bereich Kindertagespflege, berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über Ihre Aufgaben. Eine Ausfertigung der Präsentation geht den Mitgliedern zu.

Anschließend informieren Frau Karin Brieger und Frau Iris Feller-Paulmann über die Tagesmütterinitiative Südpfalz e.V.. Tätigkeitsfelder der Tagesmütterinitiative sind insbesondere die Unterstützung der Eltern und der Jugendämter bei der Vermittlung von Tagespflegekindern und das Angebot an regelmäßigen Treffen zum Erfahrungsaustausch und zur Weitergabe von Informationen.

Frau Brieger und Frau Feller-Paulmann berichten aus der Praxis der Kindertagespflege. Sie berichten, dass der derzeitige Pflegesatz nicht ausreiche, um ein ausreichendes Einkommen der Tagespflegepersonen sicherzustellen. Aus dem derzeitigen Pflegesatz von 5,00 € müssen vielfältige Ausgaben wie z.B. die Betriebskosten, Kosten für Lebensmittel und Hygieneartikel und die Anschaffung von Beschäftigungsmaterial finanziert werden. Frau Brieger würde sich eine inflationsangepasste Erhöhung des Pflegesatzes wünschen. Sie teilt mit, dass der Bundesverband 9,00 € fordere. Des Weiteren weisen Frau Brieger und Frau Feller-Paulmann darauf hin, dass Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Dokumentationen sowie Fortbildungsmaßnahmen nicht als Betreuungszeiten angerechnet werden.

Der Vorsitzende dankt Frau Brieger und Frau Feller-Paulmann für die eindrückliche Schilderung der anspruchsvollen und verantwortungsvollen Arbeit der Kindertagespflegepersonen. Er teilt mit, dass der Pflegesatz nach Genehmigung des Haushalts 2023 durch die Aufsichtsbehörde auf 5,60 € angehoben werde. Er drückt seine hohe Wertschätzung aus und sichert zu, dass weitere Schritte zur Verbesserung der Situation in der Kindertagespflege im Fokus stehen.

Frau Thomas interessiert, ob es Kommunen gebe, die deutlich höhere Pflegesätze zahlen. Frau Buchenberger teilt mit, dass Landau im oberen Drittel der Kommunen in Rheinland-Pfalz liege.

Frau Scharhag teilt mit, dass Eltern von Kita-Kindern erforderliche Hygieneartikel und Windeln eigenhändig bereitstellen. Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass diese Handhabung im Rahmen der Kindertagespflege evtl. zu einer Ungleichbehandlung führen könnte.

Frau Albrecht-Pinnow fragt nach, ob eine Warteliste über die Anträge auf Kindertagespflege geführt werde und ob dies im Rahmen des Kita-Bedarfsplanes berücksichtigt werde.

Frau Braun und Frau Buchenberger erläutern, dass konkrete Anträge an das Jugendamt erst beim Zustandekommen eines Pflegeverhältnisses gestellt werden. Es werde aber eine Liste über eingehende Nachfragen geführt. Danach kommt es aktuell bei ca. einem Drittel der Fälle, das sind rund 15 Kinder, nicht zu einem Abschluss.

Frau Michler ist erstaunt, dass bisher keine Klagen durch Eltern auf Kindertagesbetreuung erhoben wurden.



Frau Schwarzmüller gibt zu bedenken, dass ein Angebot an weiteren Plätzen in Kindertagesstätten nur durch die Schaffung von neuen Räumlichkeiten und die Gewinnung von zusätzlichem Personal möglich sind.

Herr Boy teilt mit, dass im Rahmen der Aufstellung des Kita-Bedarfsplanes der Betreuungsbedarf auf Grundlage unterschiedlicher Erhebungen kalkuliert werde.

Auf die Frage von Frau Thomas bezüglich der Finanzierung der Qualifizierungskurse der Tagespflegepersonen wird bestätigt, dass diese Kosten zunächst vorgestreckt werden müssen. Laut Frau Buchenberger ist die Rückerstattung kein Problem, sobald die Kurse abgeschlossen werden.

Auf Nachfrage von Frau Saßnowski teilt Frau Buchenberger mit, dass die Eltern einen einkommensabhängigen Kostenbeitrag pro Stunde und Anzahl der Kinder zahlen. Herr Boy ergänzt, dass im Haushaltsjahr 2021 Ausgaben von rund 465.000,00 € für die Kindertagespflege angefallen sind und Einnahmen aus Beiträgen der Eltern von rund 129.000,00 € geleistet wurden.

Frau Brieger und Frau Feller-Paulmann bedauern, dass es auf Grund der sich verändernden gesellschaftlichen Tendenzen schwierig sei, neue Tagespflegeperson zu gewinnen.

Herr Janke fügt an, dass die bisherige Tagespflege eine gewachsene Struktur sei und nun eine neue Situation, auch aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz und dem Fachkräftemangel, entstanden sei. Die Frage sei, wie künftig die Kinderbetreuung der unter Zwei- bzw. unter Einjährigen aufgestellt werden solle und vielleicht eine institutionelle Betreuung erforderlich werde. Die Kindertagespflegepersonen müssten aber in der Übergangsphase eine ausreichende Unterstützung erhalten.

Der Vorsitzende bedankt sich nochmals bei allen Akteuren im Rahmen der Kindertagespflege und sichert weitere Unterstützung zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Kindesschutz und Hilfe zur Erziehung, Vorstellung des Profils der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende begrüßt Frau Laura de Paz Martinez vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ISM).

Im Rahmen des Projekts Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen werden durch das ISM

umfangreiche statistische Erhebungen und Auswertungen durchgeführt, die den Jugendämtern als Steuerungs- und Planungsinstrument dienen.

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellt Frau de Paz Martinez das Monitoring zu den Gefährdungseinschätzungen gem. § 8 a SGB VIII mit Befunden für das Jahr 2021 vor. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses erhalten eine anonymisierte Fassung der Power-Point Präsentation.

Der Vorsitzende dankt Frau de Paz Martinez für ihren informativen und interessanten Vortrag.

Er fragt nach, ob tatsächlich die Zahl der Gefährdungsfälle gestiegen sei, oder ob sich vielmehr die Aufmerksamkeit auf solche Fälle erhöht habe. Frau de Paz Martinez antwortet, dass die Fälle tatsächlich gestiegen seien. Es gebe aber keine Hinweise auf Dunkelziffern.

Frau Saßnowski erkundigt sich, ob Institutionen die Gefährdungen besser einschätzen können als z.B. Nachbarn oder anonyme Melder. Frau de Paz Martinez bestätigt dies. Herr Boos ergänzt, dass Einrichtungen und Institutionen Verfahren entwickelt haben, wie bei Verdachtsfällen reagiert werden soll.

Herrn Maaß interessiert, welche konkreten Gefährdungen vorliegen. Frau de Paz Martinez erläutert, dass die häufigsten Gefährdungslagen den Bereich Vernachlässigung, dann psychische und körperliche sowie sexuelle Gewalt betreffen.

Frau Schwarzmüller äußert, dass ihr die Zahl der Gefährdungseinschätzungen niedrig erscheint. Sie fragt nach, ob auch bei Partnerschaftskonflikten, bei denen Kinder betroffen sind, Meldungen erfolgen. Frau de Paz Martinez bejaht dies. Herr Boos ergänzt, dass die Polizei erforderliche Einsätze an das Jugendamt melde, sobald Kinder im Haushalt vorhanden sind. Auch anonymisierte Meldungen an das Jugendamt sind möglich.

Frau Schwarzmüller erkundigt sich, ob auch das Zeigen von Gewalt- oder pornografischen Videos als Kindeswohlgefährdung gewertet werden könne. Herr Boos bestätigt, dass dem nachgegangen werde, wenn solche Fälle dem Jugendamt bekannt werden.

Frau Buchenberger ergänzt, dass es im Rahmen der Netzwerkarbeit wichtig sei, alle Akteure zu sensibilisieren.

Der Vorsitzende stellt die Frage, ob im Rahmen der Gefährdungsfälle Schwerpunkte nach Bevölkerungsgruppen festzustellen seien. Frau de Paz Martinez antwortet, dass tatsächlich häufiger Meldungen zu Familien in prekären Lebensverhältnissen erfolgen.



Im Anschluss an die Diskussion stellt Frau Buchenberger, Netzwerkkoordinatorin Kindeswohl und Kindergesundheit, die Ziele und Aktivitäten des Netzwerkes mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation vor. Eine Ausfertigung der Präsentation geht den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zu.

Sie teilt mit, dass sie für etwaige Nachfragen, auch telefonisch, zur Verfügung stehe.

Der Vorsitzende dankt Frau Buchenberger für Ihren interessanten Vortrag und ihre engagierte Arbeit als Netzwerkkoordinatorin.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Sonstiges

Frau Albrecht-Pinnow bittet um Informationen zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe unter dem Gesichtspunkt Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz (Verfahrenslotse) in einer der nächsten Ausschusssitzungen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Kita-Rahmenvertragsverhandlungen nach § 5 Abs. 2 KitaG zwischen den Trägern und den kommunalen Spitzenverbänden endgültig gescheitert sind und nun die Finanzierung der freien Kitas vor Ort geregelt werden muss.



Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 30.03.2023 umfasst 6 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 53.

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Gisela Beck
Schriftführer